

Kundgebung zur Wiederöffnung der Universität am 3. Juni 2020 auf dem Salvador-Allende-Platz

Veranstalter*innen:

Fachschaftsrat Erziehungswissenschaft, Fachschaftsrat Lehramt

Redebeiträge Aufruf & Petition





Inhalt

Aufruf zur Kundgebung.....	4
Redebeitrag des Fachschaftsrats Erziehungswissenschaft.....	6
Drei Aspekte, die aus medizinischer Sicht in der Diskussion um die Öffnung der Hochschulen (aber nicht nur dabei) berücksichtigt werden sollten	11
Redebeitrag des Fachschaftsrats Sozialökonomie	15
Mittelbau-Redebeitrag	20
Mit Citoyen-Bildung zu einer neuen Qualität von Wissenschaft	27
Zur Bedeutung der Universität im Kampf gegen Rechts	30
Abschluss-Petition	35

***Alle Redebeiträge wurden per Video festgehalten.
Eine Playlist mit den Aufzeichnungen ist zu finden unter:
<https://youtu.be/OoW6228cGAA>***

Für die Wiederöffnung der Universität

Wir sind Mitglieder der Hochschule und wollen das auch sein – in kritischer Bildung und öffentlich engagierter Wissenschaft.

Sind die Hochschulen reine Ausbildungsstätten mit Studierenden als lediglich Empfänger von Berufsqualifikation? Oder sollen sie öffentliche Einrichtung gesellschaftlich verantwortlicher Erkenntnisbildung und Persönlichkeitsbildung sein mit demokratisch organisierter kritischer Wissenschaft? Dieser dauernde Konflikt wird angesichts der Corona-Pandemie verschärft und spiegelt sich aktuell in der Frage, wann die Universität wieder geöffnet wird und wofür.

Die Bundesregierung und der Hamburger Senat haben per Dekret ein Online-Semester verhängt, dessen Ende bisher nicht absehbar ist. Während sich prekär Beschäftigte am Fließband abrackern müssen, Gottesdienste abgehalten werden und die Bundesligaprofis wieder mit heißem Atem über das Grün rasen und grätschen, ist die anregende, gemeinsame wissenschaftliche Durcharbeitung der Herausforderungen der Zeit untersagt. Dabei ist anderes möglich: Schulen, Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit werden mittlerweile aus guten Gründen auf Grundlage entsprechender Hygienekonzepte wieder geöffnet.

Die aktuellen scheinbaren Lockerungen spitzen diesen Widerspruch zu: Lehre und Studium dürfen zwar weiterhin nur digital beschränkt stattfinden, aber für Prüfungen dürfen die Studierenden wieder die Unigebäude betreten! Während alle Bemühungen der Studienreform der vergangenen Jahre darauf zielen, die Prüfungsfixierung zu Gunsten vertiefter Lernprozesse zu überwinden soll nun in der Krise das Falsche noch einmal verschärft werden: Prüfungen statt Bildung. Wir sagen, das Gegenteil ist richtig: setzen wir die Prüfungen aus und lasst uns gemeinsam neue und erweiterte Einsichten und Erkenntnisse erarbeiten.

Die Krise progressiv zu überwinden, ist Aufgabe verschiedenster wissenschaftlicher Disziplinen, die sich unter dem Dach der Uni Hamburg versammeln. Wir können nur gemeinsam dafür sorgen, dass die Uni sich sozialer, verantwortungsbewusster, offener und kritischer entwickelt. Damit dies nachhaltig gelingen kann, muss sie dringend wieder ihre Pforten öffnen, sodass Diskurs, wechselseitige Bezugnahme, produktiver Streit, Initiative innerhalb der Lehrveranstaltungen, in den Gremien und

auf den Fluren in einem sorgfältigen Miteinander wieder und in neuer Qualität stattfinden können. Das Digitale kann dies nicht ersetzen – höchstens ergänzen.

Auch Studierende sind auf die Infrastruktur der Universität angewiesen – nicht zuletzt deshalb, weil nicht alle über angemessene Arbeitsräume und Internetzugang verfügen. Die Einschränkung des Zugangs zu den Hochschulgebäuden ging einher damit, dass die Studierenden mit den Eindämmungsverordnungen zu „Publikum“ degradiert wurden. Ein klarer Gesetzesverstoß, das Hamburgische Hochschulgesetz besagt eindeutig: Studierende sind Mitglieder der Universitäten! Sie haben das Recht und die Pflicht, sich an der Einheit von Forschung und Lehre zur kooperativen Erarbeitung von Lösungen gesellschaftlicher Krisen zu beteiligen. Alle Mitgliedergruppen der Hochschule sollen und können initiativ hierfür sein.

Damit wollen wir beginnen: Am 03.06. wollen wir diese Konfliktpunkte auf einer Kundgebung auf dem Salvador-Allende-Platz diskutieren, gemeinsam mit Studierenden und Lehrenden. Geplant sind Redebeiträge aus den Fakultäten Erziehungswissenschaft, Medizin und Sozialökonomie sowie Musikbeiträge. Die Kundgebung findet von 14 bis 16 Uhr statt.

Kommt vorbei und beteiligt Euch!

Aufrufer: FSR Erziehungswissenschaft, FSR Lehramt



Redebeitrag des Fachschaftsrats Erziehungswissenschaft

von Helen Vogel & Felix Wendeburg

Teil 1 – Erfahrungsbericht

Wir haben inzwischen ein halbes Semester im digitalen Irrsinn hinter uns. Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen. Fangen wir mal mit den vermeintlichen Vorteilen an: Für die Vorlesungen der frühmorgendlich aktiven Lehrenden reicht es kurz davor wach zu werden, und der erste Kaffee kann bei der Vorlesung im Schlafanzug zu sich genommen werden - Vorlesungen werden jetzt also konsumiert. Wenn wir etwas nicht verstehen, dann können wir bei voraufgezeichneten Veranstaltungen zurückschalten, um uns das gleich noch einmal anzuhören, gerne dann auch in doppelter Geschwindigkeit. Unseren Tagesablauf können wir jetzt ganz flexibel planen und von überall studieren.

Aber was ist denn eigentlich, wenn das Internet nicht funktioniert? Wie lebt es sich in einer WG mit vielen Leuten, in der alle zur gleichen Zeit ihre Vorlesungen streamen wollen? Wie gehen Zoom-Vorlesungen, wenn man von Lehrenden nur jedes zweite Wort versteht?

Die Meisten von uns haben diese Erfahrungen in den letzten Wochen machen müssen. Etliche Male habe ich versucht, aus den stockenden Lauten der Lehrenden oder meiner Kommiliton*innen einen Sinn herauszuhören. Das ist Wissen aneignen auf ganz neuem Niveau! Ohne den Inhalt zu kennen und ohne zu wissen was kommt, erraten, was damit gemeint sein könnte – eine Erfahrung, auf die ich echt hätte verzichten können.

Statt hin und her zu spulen, könnten wir in Präsenz direkte Fragen stellen. Und wir haben uns doch nicht für ein Universitätsstudium entschieden, um alleine auf dem Sofa Vorlesungen wie auf Netflix zu streamen.

Klar können die Lehrenden sagen, alles würde super laufen. Wer wird sich schon in einer Zoom-Konferenz melden und sagen: „Entschuldigung, mein Internet ist zu schlecht, ich verstehe sie nicht“. Wie sollten die Lehrenden auch darauf reagieren? „Es tut mir leid, da weiß ich jetzt auch nicht weiter... Reden Sie doch mal ganz lieb mit ihrem Router“?

Die derzeitige Situation führt dazu, dass viele Studierende mit ihren Problemen, aber

auch mit ihrem Bildungsprozess ganz alleine zurückbleiben. Sie machen sich dafür verantwortlich, dass sie nicht ausreichend technisch ausgestattet sind, nicht genügend Geld für ausreichendes Internet haben, die Inhalte nicht verstehen, oder dass sie mit der Situation alleine eigentlich gar nicht klarkommen. Das führt dazu, dass sie sich selbst immer weiter zurückziehen. Und daraus soll dann das entstehen, was ursprünglich mal kritischer wissenschaftlicher Diskurs sein sollte, jetzt aber nur noch ein müder Abklatsch dessen ist und daraus besteht, Texte alleine zu lesen, sich alleine Gedanken darüber zu machen und dann Kontrollaufgaben zu erfüllen, um zu zeigen, dass man vermeintlich mitkommt. Es gibt keinen Austausch, keinen Diskurs und schon gar keine kritische Auseinandersetzung.

Uns ist klar, dass auch viele Lehrende mit dieser Situation nicht zufrieden sind, dass auch sie alleine sind und mit ihren Mitteln versuchen, das Beste aus der Situation zu machen. Die gegenwärtige rein digitale Lehre ist aber das Gegenteil von dem, was das Beste sein könnte. Wir dürfen bei aller Krise nicht unsere Ansprüche an Wissenschaft und Bildung aus den Augen verlieren. Unser Anspruch ist gute, diskursive, kritische Wissenschaft in neuer Qualität – in Präsenzlehre – möglicherweise mit technischer Unterstützung.

Wir wollen uns hier nicht dem Fortschritt verweigern. Aber was ist der Fortschritt? Klar ist jedenfalls, dass der Fortschritt der Gesellschaft, die Überwindung der Krise, nicht in Zoom liegt. Wer mal mehr als drei Stunden in einer Videokonferenz saß, weiß, dass das keine haltbare Alternative ist!

Es ist unser Ziel, dass Universität, Lehre und Wissenschaft wieder in Präsenz stattfinden, weil es richtig und notwendig ist. Ein erster Schritt dahin ist, dass Studierende den Ort der Uni, die Gebäude, die Ressourcen, das Internet, usw. nutzen können. Unser gesamtes Leben findet momentan auf wenigen Quadratmetern statt. Wir arbeiten im Bett, schlafen auf dem Schreibtisch – soweit vorhanden – und essen irgendwo dazwischen. Hier an der Uni gibt es gleichzeitig quadratkilometergroße Flächen, die leer stehen. Hier besteht keine Gefahr, hier gibt es gute Arbeitsplätze, gute Internetverbindungen und vieles andere, was wir zum Studieren benötigen. Warum also sollten wir das nicht nutzen können!?

In der 6. Dienstanweisung des Uni-Präsidiums¹ steht, wir wären nun Publikum und für Publikum sei der Zutritt nicht gestattet. Kindergärten, Schulen und sogar Fit-

¹ <https://www.uni-hamburg.de/newsroom/intern/2020/0131-corona-faq/20200527-6-dienstanweisung-corona-mit-anlagen-barrierefrei-aktualisiert-26052020.pdf>

nessstudios sind wieder geöffnet, die Universitäten aber sollen geschlossen bleiben. So liegt die Vermutung nahe, dass das gewollt ist. Es ist gewollt, dass die Unis geschlossen bleiben oder andersrum, es ist nicht gewollt, dass die Unis wieder öffnen, außer es geht um Prüfungen, die ja inzwischen schon wieder möglich sind. Es liegt jedoch an uns Mitgliedern der Uni, ob wir wollen, dass die Unis wieder öffnen. Sind Studierende weniger in der Lage verantwortungsbewusst miteinander umzugehen als Kindergartenkinder? Kommt es gelegen, dass Studierende vereinzelt in ihren Zimmern sitzen, auf sich alleine gestellt, verunsichert, mit Sorgen und Existenzängsten? Kommt es gelegen, dass kaum noch kritische Auseinandersetzung stattfindet? Und das an einer Universität wie dieser mit ihrer jungen, wenngleich auch wechselhaften Geschichte, angefangen mit der Novemberrevolution, bis hin zu den Studierendenprotesten der 68er!

Was ist eigentlich mit der gesellschaftlichen Verantwortung passiert? Wo ist sie hin?

Teil 2 – Zum Menschenbild

Und: Welche Rolle soll der Mensch in der Geschichte einnehmen?

Die Menschlichkeit des Menschen ergibt sich aus seiner Gesellschaftlichkeit. Ohne die Gesellschaftlichkeit ist der Mensch nur ein Bruchstück seiner selbst. Dem Menschen die Gesellschaftlichkeit zu nehmen, sie gegen ihn auszuspielen, lässt ihn zusammenhangslos in der Geschichte herumirren.

Was ist beispielsweise mit den jüngeren Menschen, die jetzt erfahren müssen und somit lernen, dass andere Menschen eine potenzielle Bedrohung sind? Nun sollen sie also lernen, sich vor allem auf die bereits stattfindenden Schulprüfungen zu konzentrieren, in die sie aber nicht mehr als Klassengemeinschaft, sondern als Individuen gehen, um ihr eigenes Fortkommen nach Corona zu sichern. Die Zukunft ist wichtig, keine Frage. Doch was ist eine Zukunft, in der Menschen einander nicht nur aus Konkurrenzgründen, sondern per se, weil diese andere Menschen sind, feindlich gegenüber stehen? Die Bedrohlichkeit von Nähe durch das Gegenüber erhält das Etikett „Vernunft“. Dieser Vernunftbegriff überspringt einfach die Rationalisierung. Das, was jetzt Vernunft heißt, entwickelt also ein Eigenleben, was die Rationalisierung der Angst verunmöglicht und somit zu einer irrationalen Angst wird. Und das betrifft natürlich uns alle, egal wie alt wir sind!

Die Isolation drängt den Menschen an die, wie der Pädagoge Heinz-Joachim Heydorn

schreibt, „Peripherie seiner historischen Realisierbarkeit“.² Sie will uns allen glauben machen, dass wir ohnmächtig, nicht handlungsfähig seien. „Der Auftrag der Bildung, den Menschen zum Menschen zu begaben“³, gewinnt seine Dringlichkeit und darf nicht zu einer Formel aus der Vergangenheit gemacht werden, die einer neuerlichen Formel, Menschen seien einfach nur Ergebnisse von Naturgesetzen, weichen müsse. Seit Marx aber wissen wir, dass der Mensch durch die Verhältnisse gemacht wird, in denen er lebt. Gleichzeitig hat er die Macht, diese Verhältnisse zu gestalten. Das Beste, was er tun kann, ist, diese Verhältnisse sozial zu gestalten!



Wir haben einige Lehrende angesprochen und sie gebeten hier heute zu sprechen. Wir haben meist die Rückmeldung bekommen, dass sie unsere Sache – die aber nicht nur unsere Sache allein ist – zwar unterstützen, richtig finden, aber abgesagt haben sie am Ende doch. Sich hinzustellen und zu sagen: „Ich will, dass diese Universität wieder zum Präsenzlehrbetrieb zurückkehrt!“, scheint einzuschüchtern, weil viele am Status quo festhalten wollen.

Aber warum und worauf wollen wir warten? Darauf, dass andere, „die da oben“, die „Autoritäten“ ihre Entscheidungen verkünden? Sind wir denn nicht alle Teil der Uni, der Gesellschaft, der aktuellen Lage? Wir sind es, und haben damit die Möglichkeit und die Verantwortung, Einfluss darauf zu nehmen, wie sich die Gesellschaft weiterentwickelt.

Für eine rationale Einordnung brauchen wir Austausch. Wir müssen gemeinsam Perspektiven entwickeln und immer wieder diskutieren. Wir, in allen Fakultäten und aus allen Fächern aus der Erziehungswissenschaft, müssen uns zumessen, fundamental zur progressiven Überwindung dieser Krise beizutragen. Die Erziehungs-

² Heydorn, H.-J. (1970). Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt, S. 317.

³ Ebd.

und Bildungswissenschaft kann dafür das Verständnis beitragen, dass Bildung Beziehung zu Mitmenschen braucht. Diese Beziehung entfaltet ihr kritisches Potential erst in Präsenz, im direkten Miteinander.

Wir müssen verhindern, dass der gegenwärtige Zustand später als Argument verwendet werden kann, so nach dem Motto: „Digital war doch auch ‚ne Lösung – wozu überhaupt Präsenz, wo die doch so viel kostet...“ Wollen wir die bestehenden Verhältnisse sichern, indem wir vermitteln, dass nur Aussicht auf eine Zukunft hat, wer passgenau, obrigkeitshörig, pflichtbewusst, strebsam, ordentlich und diszipliniert für den Arbeitsmarkt und in Regelstudienzeit – quasi als „Kostenstelle mit zwei Ohren“ – die Universität verlässt? Nein, das wollen wir nicht!

Und deshalb brauchen wir eine starke Kritische Psychologie, wir brauchen Demokratie- und Friedensbildung, wir brauchen ein Verständnis von Inklusion als echtes soziales Lernen, wir brauchen mehr historische Bildungsforschung – vielleicht so etwas wie Bildungsideengeschichte, wir brauchen Klaus Holzkamp, Heinz-Joachim Heydorn und Antonio Gramsci! Wir brauchen eine Pädagogik, die auf Kooperation in Lehr-/Lernverhältnissen und auf Projektstudien in gesellschaftlicher Verantwortung setzt!

Ein verantwortungsbewusster Umgang ist möglich, weil der Mensch ein soziales Wesen ist!

Ein verantwortungsbewusster Umgang bedeutet vor allem, das Gegenüber immer mitzudenken, einander zu begegnen, sich aufeinander und gemeinsam auf andere zu beziehen, der Präsenz des anderen gewahr zu sein. Sich einander zuzuwenden muss also nun die einzige Aufgabe des gesellschaftlichen Menschen sein, denn sie bietet gerade jetzt die historische Chance, dass wir uns gemeinsam ein für alle Mal vom Joch der Individualisierung befreien, indem wir uns für die Solidarität entscheiden.

Drei Aspekte, die aus medizinischer Sicht in der Diskussion um die Öffnung der Hochschulen (aber nicht nur dabei) berücksichtigt werden sollten

von Hesam Jozvebayat

1. Die Ausbreitungswege des Coronavirus

Zunächst handelt es sich bei der Übertragung des Coronavirus um eine Tröpfcheninfektion. Das heißt um Sekrettröpfchen, also Flüssigkeit aus den menschlichen Atemwegen einer bereits infizierten Person, die beim Ausatmen den Virus übertragen können. Diese Tröpfchen können, je nach Art der Ausstoßung, unterschiedliche Größen haben. Größere Partikel, die beim Niesen, Husten, Naseputzen oder Brüllen entstehen können, tragen aufgrund ihrer Größe eine hohe Viruslast, haben also auch eine hohe Wahrscheinlichkeit ansteckend zu sein. Kleinere Partikel in der Atemluft, mittlerweile auch allgemein bekannt als das mysteriöse Aerosol, tragen aufgrund ihrer Größe eine geringe Viruslast und sind damit auch nur mit einer sehr geringen Wahrscheinlichkeit ansteckend. Bislang gibt es bezüglich des Coronavirus keine stichfesten Studien, die belegen, dass eine Ansteckung über Aerosole in der Atemluft beim „normalen“ Sprechen und Austausch, signifikant relevant ist für die Ausbreitung des Coronavirus.

Qualität und Rahmen einer Begegnung sind also entscheidend dafür, ob man von einer erhöhten Ansteckungsgefahr ausgehen muss.

Ansteckungsherde sind demnach Großveranstaltungen mit bestimmten Eigenschaften: Lautes Sprechen, Brüllen, kräftiges Singen, Jubeln und Grölen, enger Körperkontakt und energische Bewegungsabläufe sind maßgebend dafür, ob das Ansteckungsrisiko bei Veranstaltungen erhöht ist. Als erste Vorsichtsmaßnahme zur Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus hilft also ein zivilisierter, ruhiger, nicht-zu-nah-kommender Umgang mit seinen Mitmenschen. Die Rahmenbedingungen für solch einen Umgang auch neu zu schaffen, müsste die erste Konsequenz der Hochschule sein, mit dem ein Präsenzbetrieb ohne erhöhtes Ansteckungsrisiko gelingen kann. Dabei sind dafür notwendig umzusetzende Forderung nicht neu: Keine überfüllten Seminare, ausreichend Arbeitsplatz für alle in der Uni und ein diskursiv geführter Austausch in bspw. Seminaren, alles in einer von Stress zu befreienden At-

mosphäre, sind nicht nur gut fürs Lernen, sondern schützen auch effektiv vor Ansteckung von Tröpfcheninfektionen, inklusive des Coronavirus.

Zur Ausbreitung lässt sich weiterhin ergänzen, dass zu den wirklich relevanten Ansteckungswegen die outgesourcte Infrastruktur in vielen Bereichen wesentlich beiträgt. In deutschen Krankenhäusern stecken sich bspw. aktuell pro Tag ca. 100 Leute mit dem Coronavirus an. Internationale Studien zeigen, dass die Ausbreitungsgeschwindigkeit des Coronavirus in den verschiedenen Ländern auch mit der Qualität des Arbeitsschutzes u. a. im Gesundheitswesen korreliert.

Es ist klar: unter guten Arbeitsbedingungen, mit ausreichend Personal, ohne Überstunden und mit angemessener Bezahlung ist der Druck geringer, krank zur Arbeit zu gehen und so materiell erzwungen Ansteckungsrisiko für seine Mitarbeiter*innen und Patient*innen zu sein. Das heißt, dass auch in der Hochschule weitreichendere Arbeitsschutzbedingungen und Arbeitsrechte insbesondere für wissenschaftliche Mitarbeiter, aber auch für studentische Hilfskräfte und Studierende zur Verhinderung einer Virusausbreitung besonders hilfreich sind.

2. Die Gefahr des Coronavirus

Bei COVID-19 handelt es sich, orientiert an den Worten der Institutsleiterin der Infektiologie am UKE, Prof. Marylyn Addo, primär um eine Erkrankung der Atemwege, die in den meisten Fällen (80%) einen milden bis symptomfreien Verlauf hat. Ein weiterer Teil verläuft etwas schwerer, ein Anteil von ca. 5% der Erkrankten muss im Krankenhaus behandelt werden, 1-2% intensivmedizinisch. Dabei gilt hier in Deutschland, insbesondere für Hamburg, das weiterhin davon ausgegangen werden kann, dass wir nicht an die Grenzen der intensivmedizinischen Kapazitäten kommen werden (Einschätzung UKE). Die Letalität (Sterblichkeit bei Erkrankung) des Coronavirus liegt realistisch geschätzt zwischen 0,4 und maximal 1%. Es ist auch nur eine Schätzung möglich, da selbst nach RKI-Informationen davon auszugehen ist, dass die Dunkelziffer der Erkrankten aufgrund der überwiegend harmlos verlaufenden, unauffälligen Fälle vier- bis elffach höher ist als die offiziell gemeldeten Fälle.

Besonders gefährdet sind nach allen medizinischen Erfahrungen bisher Menschen mit Vorerkrankungen, besonders mit Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems. Bekannt ist, dass COVID-19 vor allem mit einem erhöhten Thromboserisiko einhergeht. Essenziell zur Senkung der Letalität der Erkrankung gehören also einfache, aber früh-

zeitig notwendige Behandlungen die a) das Herz-Kreislauf-System unterschützen und b) die Thrombosebildung im Körper unterdrücken (bspw. durch die Gabe des leicht verfügbaren Heparins).

Doch wie bei vielen Krankheiten, besonders Infektionskrankheiten, ist der größte Risikofaktor der Wohnort. Besonders in Entwicklungsländern sterben jährlich Millionen Menschen, weil eine adäquate, meist einfache, medizinische Behandlung, nicht zugänglich ist. COVID-19 (und andere Infektionskrankheiten) sind also auch diesbezüglich ein soziales, ein Nord-Süd-Problem.

In den Entwicklungsländern im Extremen, aber auch hier bei uns, müssen wir also zum Schutz der vulnerablen Gruppen vor allem aufklären und die Infrastruktur für zügige medizinische Behandlungen ausbauen. Dafür stehen Universitäten besonders in der Verantwortung Hort von Aufklärung und Rationalität zu sein und sich auch in der Forschung den internationalen sozialen Problemen zu stellen und zur Realisierung besserer und die Gesundheit schützenden Verhältnisse beizutragen. Dafür sind alle Hochschulmitglieder von Bedeutung – ohne sie kann dieser notwendige Diskurs nicht stattfinden. Auch deswegen ist die Öffnung der Hochschule notwendig für den Kampf gegen Infektionskrankheiten, für Gesundheit und die Überwindung sozialer Probleme.



3. Die Folgen der Isolation

Nun kurz dazu, was die bisherigen Corona Maßnahme für Folgen mit sich bringen bzw. bereits gebracht haben: International kann es aufgrund des wirtschaftlichen Einbruchs in der globalisierten Welt zu bis zu 200 Mio. zusätzlichen Hungerstoten in der sogenannten Dritten Welt kommen (laut Bericht des Focus⁴). Damit sind derzeit

⁴ Vgl. FOCUS Online: 300.000 Tote täglich über Monate: „Virus stürzt Welt in eine Hunger-

insgesamt eine Milliarde Menschen vom Hungertod bedroht.

Aber auch hier vor Ort verschärfen die „Corona-Maßnahmen“ gesellschaftliche Probleme. Die soziale Isolation, also die Isolation vom wichtigsten Bedürfnis des Menschen, dem Mensch, und die Verfügungslosigkeit, also die Einschränkung der bereits erkämpften Partizipationsmöglichkeiten, bringen evidenzbasiert massive gesundheitliche Folgen mit sich.

Zum Einen steigt die Anzahl psychischer Erkrankungen, von Depressions- und Angststörungen. Menschen, die bereits vorher unter solchen Erkrankungen litten, sind nun häufig mit einem schwereren Verlauf konfrontiert.

Die Zahl der häuslichen Gewalt sowie der Suizidrate steigen nach bisherigen Schätzungen entsprechender Schutzeinrichtungen signifikant an.

Stress bedeutet, dass die persönlichen Handlungsmöglichkeiten in einer Krise, einer Problemsituation, nicht ausreichend bzw. eingeschränkt sind. Stress führt durch die Ausschüttung von Stresshormonen zu einer Unterdrückung des Immunsystems und Einschränkungen des Stoffwechsels. Akut ist das auch sinnvoll für den menschlichen Körper, der dadurch in Stresssituation spontan Energie und Aufmerksamkeit mobilisiert, um seine Handlungsmöglichkeiten zu erweitern. Sind diese Handlungsmöglichkeiten jedoch sehr stark eingeschränkt und besteht der Stress chronisch, so sind Langzeitschäden, eine schlechte Stoffwechsellage, bspw. ein erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen – die, wie bereits angesprochen, ein hohes Risiko im Verlauf einer COVID-19 Erkrankung mit sich bringen – zu erwarten. Die erweiterte Teilnahme am Hochschulbetrieb und seine (Mit-)Gestaltung, die Befreiung aus dem Homeoffice und die damit einhergehende Erweiterung der persönlichen Handlungsfähigkeit bauen Stress ab und helfen dem Körper und seinem Immunsystem, sich neu und besser zu konstituieren.

Die Öffnung der Hochschule ist somit für alle Mitglieder gesundheitsfördernd.

Pandemie“

https://www.focus.de/wissen/mensch/pandemie-verschaerft-situation-300-000-tote-taeglich-ueber-monate-corona-stuerzt-welt-in-eine-hunger-pandemie_id_11955034.html

Redebeitrag des Fachschaftrats Sozialökonomie

*Dilan Sezer, Arik Haller, Artur Brückmann und Ida Rockenbach,
vorgetragen von Arik Haller*

Wir vom FSR Sozialökonomie möchten hier die gesellschaftliche Krise, in der wir uns befinden, sozioökonomisch einordnen, aber auch mögliche Auswege hin zu alternativen Wirtschaftsstrukturen aufzeigen, die ohnehin lange überfällig sind. Auch um zu verstehen, weshalb die Universität wieder und in neuer Qualität zu öffnen ist und von was für einer Bedeutung wir alle für diese Institution sind, gilt es erst zu erfassen, mit welchen immanenten Konflikten unseres Wirtschaftssystems wir es zu tun haben, was wir aus dieser Situation lernen können und welche positiven Konsequenzen zu ziehen sind.

Wir befinden uns momentan in einer erheblichen Wirtschaftskrise. Der Bürgermeister und die meisten Ökonomen versuchen uns zu überzeugen, dass wir es mit einer Naturkatastrophe zu tun hätten, der wir folglich ausgeliefert seien. Die Botschaft ist klar: wir sollen nicht auf die Idee kommen, grundsätzlich Kritik zu üben. Gegen eine Naturgewalt wie die Schwerkraft würde schließlich auch niemand auf die Straße gehen. Wir sehen also, dass es einen Unterschied wie Tag und Nacht macht, wie wir die Krise verstehen und welche Handlungsableitungen wir entsprechend vorschlagen. Weil Theorie in dieser Hinsicht eine Waffe ist, ist auch so umkämpft, welche Deutung wir uns von der Krise machen und was an den Hochschulen gelehrt wird bzw. ob überhaupt etwas gelehrt wird, wie aktuell.

Aber woher kommt diese Krise und was macht sie aus? Dass diese Krise nicht einfach durch Corona ausgelöst wurde, ist mittlerweile vielen klar, denn wir stehen schließlich vor der Frage: Auf was für eine Wirtschaft, auf was für eine Gesellschaft trifft ein Virus wie Corona?

Die letzten 30 Jahre Neoliberalismus haben ein Gesundheitssystem und eine Wirtschaft hinterlassen, die auch in Nicht-Krisenzeiten schon nicht funktionieren. Gestiegenes Profitinteresse – konkret in Gestalt von weiterer Prekarisierung von Arbeit, Ungleichheiten verschärfender Steuerpolitik, dem durch die „schwarze Null“ unterfinanzierten Sozialstaat und auch dem Erschließen der Lebensbereiche Gesundheit und Wohnen als neue Märkte – verträgt sich nicht mit dem Interesse von Lohnabhängigen nach einem gesicherten Einkommen, günstigem Wohnraum, Gesundheit und einem ausfinanzierten Gemeinwesen, kurz: einem guten Leben. So untergräbt

der neoliberale Kapitalismus, wie im Allgemeinen der Kapitalismus, seine natürlichen und menschlichen Grundlagen. Er produziert sich somit seine Wirtschaftskrisen selbst. Wenn – um mit der Überproduktionskrise nur ein Beispiel zu nennen – etwa Löhne auf ein Minimum gedrückt werden, fehlt der breiten Masse die Kaufkraft, um eben jene Produkte und Dienstleistungen nachzufragen, die sie selbst produzieren, womit schließlich auch den Kapitalisten die Abnehmer wegbrechen und eine tiefe Rezession die Folge sein kann. Wenn es also nicht Corona gewesen wäre, dann wäre es eine Überproduktionskrise gewesen oder die nächste Spekulationsblase am Finanzmarkt, die uns in die Krise geführt hätten. Weiter wird das daran deutlich, dass sich die nächste Rezession bereits Dezember 2019 angebahnt hatte⁵. Der Kapitalismus trägt die Wirtschaftskrise in sich wie die Wolke den Regen.

Soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut und verkehrter Inhalt der Arbeit einerseits, sowie Aufrüstung und Hunger andererseits, waren bereits vorher Probleme, sind aber in dieser Krise nochmal schlimmer geworden. In der BRD waren im Mai dieses Jahres fast fünfmal so viele Menschen in Kurzarbeit, wie auf dem Höhepunkt der Finanzkrise 2009.

Wo wir dabei wären, dass weder Krisen ein unbekanntes Phänomen sind, noch die neoliberalen Antworten aus der Politik auf solche Rezessionen. Wie schon 2008 wird gerade versucht, die Krise nach unten auf die sozial Schwächsten abzuwälzen. Beispielsweise schlüsselt der politische Ökonom Thomas Sablowski auf:

„Die Kapitalistenklasse darf sich über 600 Mrd. Euro staatliche Unterstützung sowie Kredite der KfW in potentiell unbegrenzter Höhe freuen. Die mittlere Bourgeoisie und das Kleinbürgertum erhalten 50 Mrd. Euro vom Staat, während die lohnabhängige Mittelklasse und die Arbeiterklasse bei dem Maßnahmenpaket der Bundesregierung praktisch leer ausgehen.“⁶

Wenig überraschend: das Kapital will die Krise nutzen, um Reiche noch reicher und Arme ärmer zu machen.

Die spannendere Frage ist allerdings: Was machen wir daraus? Das erste, was wir

⁵ <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/konjunktur-deutschland-in-der-rezession-so-gefaehrlich-wird-der-abschwung/25167654.html?ticket=ST-1526007-DeWtngWFXpjhz1Zqcyd0-ap3>

⁶ <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/der-klassencharakter-der-deutschen-politik-in-der-coronakrise/>

dabei feststellen sollten, ist, dass wir unter unseren Verhältnissen leben und nicht über unseren Verhältnissen, wie es uns neoliberale Ideologen oft versuchen einzubläuen. Der Kern der Krise, die sich jetzt erst noch anbahnen wird, liegt schließlich darin, dass Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren, in Kurzarbeit sind und ihnen damit nicht zuletzt das Geld fehlt um durch ihren Konsum die Wirtschaft in Gang zu halten. Die Lösung ist naheliegend: Schluss mit Austerität. Mehr Geld für das Allgemeinwohl, Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen stehen auf der Tagesordnung. In den 30er Jahren des 20. Jh. lag diese Frage in den kapitalistischen Ländern dieser Welt schon einmal auf dem Tisch: Massive staatliche Investitionen und Reformen oder Barbarei?



In den USA wurde diese Frage durch eine starke Arbeiterbewegung und die Wahl von Roosevelt positiv beantwortet. Herbert Schui, ehemals Professor für Volkswirtschaftslehre an der HWP und dann am Fachbereich Sozialökonomie, wo wir heute studieren, schrieb in Bezug auf den New Deal in den USA:

„Das Ergebnis ist [...] das Ende von Würdelosigkeit: Denn nun nimmt die partizipative Massendemokratie die Aufgabe wahr, der Masse zu Wohlstand zu verhelfen – und zwar erfolgreich. Damit gewinnen nicht nur die demokratischen Einrichtungen effektive Kompetenz und Ansehen. Da Ziele und Strategie zur Behebung des wirtschaftlichen Elends der 30er Jahre – verstärkt durch die Kriegserfahrung – zu einer Massenbewegung geworden waren, Ziele, die die demokratischen Einrichtungen umgesetzt haben, eignet sich diese Bewegung selbst Kompetenz an. Es zeigt sich, daß die Massen nicht – wie dies die Gegner von Vollbeschäftigungspolitik und Wohlfahrtsstaat stets behaupten – den Staat schließlich ausplündern und die Wirtschaft ruinieren, nein, im Gegenteil: Die Massendemokratie ist in der Lage, den Massenwohlstand durch mehr Produktion, das heißt durch die überlegenere Organisation der Wirtschaft zu steigern. [...] Die überlegene Organisation ist Einkommenspolitik, ist

ein gemischtwirtschaftliches System mit veränderten Eigentumsrechten, ist eine Modifikation der Produktionsverhältnisse, die die Gesellschaft befähigt hat, den hohen Produktivkraftstand wohlstandsmehrend zu nutzen. Zu betonen ist: Diese Reformen waren im Kapitalismus möglich.“⁷

Momentan zeigt sich besonders deutlich, was schon immer Fakt gewesen ist: Dass wirtschaftliche Fragen, politische und damit Entscheidungsfragen sind. Wenn die Außerkraftsetzung von arbeitsrechtlichen Errungenschaften wie Maximalarbeitszeiten oder dem Mindestlohn von CDU und Unternehmen forciert werden, gleichzeitig aber die zunehmende Besteuerung bis hin zu Verstaatlichung ebenso möglich wäre, liegt die Frage auf dem Tisch: Wer soll für diese Krise aufkommen?

Führen wir das bisherige Prinzip der verstärkten Umverteilung von unten nach oben in gesteigerter Weise fort, in der offenkundig illusionären „Hoffnung“, es würde nicht erneut zu Krisen kommen und das vor allem unter nicht nur Inkaufnahme sondern zwingender Notwendigkeit, dass Armut, Arbeitslosigkeit und Konkurrenz weiterhin und in zugespitzter Form fortbestehen? Oder brechen wir mit dem Bisherigen und transformieren mindestens menscheits- und lebensnotwendige Wirtschaftsbereiche, sodass sie dem Gemeinwohl dienen?

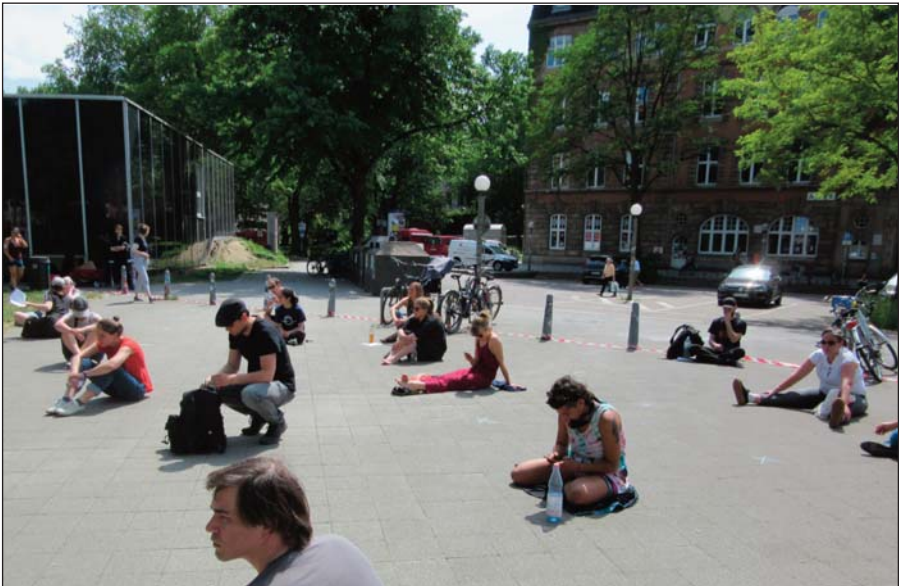
In dieser Aushandlung kommt den Universitäten und damit auch den Wirtschafts- als Sozialwissenschaften die besondere Rolle zu, für eine solche Demokratisierung, die Aufklärung und Bildung aller neu forcieren zu müssen. Jede/r muss in die Lage versetzt werden, zu verstehen, was um sie/ihn herum passiert um bewusster Faktor in diesen und gerade dieser Entscheidungsfrage zu werden. Außerdem lautet die ökonomische Wahrheit eben auch, dass wir als Bevölkerung es sind, die gesellschaftlichen Wohlstand erzeugen und nicht Kapitaleigner und Finanzinvestoren, wie uns die heutige Mainstream-VWL einreden möchte. Ein wichtiger Schritt zu gesellschaftlicher Mündigkeit ist die Überwindung der Unmündigkeit in wirtschaftlichen Fragen, denn der Gedanke geht der Tat voraus. Also wirken wir mit an der Verbreitung von solchen Gedanken, wie dem folgenden, aus dem Gründungsmanifest unserer Kampagne „International Solidarisch – Schluss mit Austerität“, mit der wir die Schuldenbremse aus Köpfen und Verfassungen streichen:

„Die Souveränität, über die gesellschaftliche Entwicklung kollektiv bestimmen zu können, ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft. Mit der „Schuldenbremse“

⁷ Herbert Schui, „Wollt ihr den totalen Markt?“, 1997, S. 42f.

wird der Allgemeinheit dieses fundamentale Recht abgesprochen – nicht nur in Griechenland. Solange die Entscheidungshoheit über die Verwendung öffentlicher Mittel den demokratischen Institutionen entzogen ist, begünstigt das „Politikverdrossenheit“, autoritären Ungeist und extremistische Konkurrenzideologie. Mit der Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte und dem Grundgesetz hat diese Politik nichts zu tun. Die Abschaffung der Schuldenbremse ist eine Wiederherstellung von Demokratie. Diese bedarf kritischer, aufgeklärter, kultivierender, anspruchsvoller, solidarisch denkender und kooperativ verantwortlich engagierter Menschen. Nehmen wir die Geschichte in unsere Hand!“⁸

“The only thing we need to fear is fear itself.” Das sagte Roosevelt bei seiner Amtsantrittsrede 1933. Nehmen wir unsere Geschicke also endlich in die eigenen Hände und machen wir dafür auch die Universität auf und zu einer Einrichtung, die diesen Menschheitsfragen gerecht wird!



⁸ https://schluss-mit-austeritaet.de/wp-content/uploads/2018/07/180717_austerity-manifest.pdf

Mittelbau-Redebeitrag

von Florian Muhl und Patrick Pahner,

vorgetragen von Florian Muhl (Fakultät Erziehungswissenschaft)

Liebe Teilnehmer*innen der Kundgebung zur Wiederöffnung der Universität, ich bin als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Lehre an der Fakultät Erziehungswissenschaft tätig und u.a. im Mittelbau aktiv. Ich freue mich darüber, dass heute diese Kundgebung stattfindet und ich halte sie für sehr wichtig.

Die Uni ist seit nunmehr über zwei Monaten weitestgehend geschlossen und die Frage, wie es weitergeht, steht drängend im Raum. Das ist eine Frage, die alle Mitglieder angeht.

Damit ist auch die Frage aufgerufen „Wofür Hochschule?“ bzw. „Worum geht es an der Universität?“

Eine weitreichende Antwort auf diese Frage wurde 1968 im Kreuznacher Hochschulkonzept gegeben, das die Bundesassistentenkonferenz erarbeitet hat und die nach wie vor aktuell ist, gerade in einer dermaßen tiefen (ökonomischen) Krise wie der gegenwärtigen. An der Erarbeitung dieses Konzepts war wesentlich Peter Fischer-Appelt (langjähriger, demokratisch gewählter, ehemaliger Uni-Präsident) beteiligt. Sie schreiben:

„Wissenschaft ist die gemeinsame Anstrengung von Menschen, das Verhältnis aller Menschen zur natürlichen und sozialen Welt zum Zweck der vernünftigen Einrichtung der Menschheit unter die Form universaler Rationalität zu bringen. Anders gewendet: Wissenschaft wird als solidarische Bemühung von Menschen in methodisch ausgewiesener und zielbewußter Erkenntnisarbeit gegen die Irrationalität der natürlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse unternommen, damit die Erde als der einheitlich gemeinsame Lebensraum einer brüderlichen Menschheit in Frieden bewohnt und mit Vernunft genutzt wird.“⁹

Wenn wir über die aktuelle Situation nachdenken, stellen wir fest, dass es da eine

⁹ Bundesassistentenkonferenz (1968): Kreuznacher Hochschulkonzept, S. 11, online: <https://archive.org/details/kreuznacherhochschulkonzeptbundesassistentenkonferenz1968/page/n11/mode/2up>

gewisse Anspannung zwischen ihr und diesem Anspruch gibt.

In welchem Verhältnis steht das Erfüllen von Leistungsverpflichtungen, das Erbringen von Prüfungsleistungen, das Sammeln von CreditPoints zu diesem Anspruch?

Was braucht es dafür, dass die Universität eine Universität sein kann? Offene Räume (real und im übertragenen Sinne), Diskurs, Austausch und Begegnung sind dafür unabdingbar.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus und der Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang ergriffen wurden, sind auch diverse aus meiner Sicht sinnvolle Initiativen formuliert worden, von denen wir uns inspirieren lassen bzw. auf die wir aufbauen können.

Da wird zum einen bereits im März der Offene Brief für ein „Nichtsemester“ formuliert¹⁰.

Daraus: „Wenn wir als Lehrende konstruktiv und im Sinne der Studierenden agieren wollen, kann es nicht darum gehen, so schnell wie möglich den Status quo des herkömmlichen Lehr- und Prüfungssystems online wiederherzustellen. Wir meinen: Die Lehre im Sommersemester soll stattfinden, aber das Semester soll nicht formal zählen. Studierenden, die keine Studienleistungen erbringen können, dürfen keine Nachteile entstehen.“

Des Weiteren der Aufruf für ein „Solidarsemester“, der am 9. April von diversen Studierendenorganisationen veröffentlicht wurde. Daraus: „Wir rufen zu einem Sommer der Solidarität an den Hochschulen auf, in welchem Lehrende und Studierende gemeinsam die Herausforderungen der Krise angehen, strukturelle Entlastung gewährt und der Leistungsdruck ausgesetzt wird – von allen Seiten.“¹¹

Der Mittelbau der Fakultät EW hat sich Anfang April nach einem längeren Diskussionsprozess mit einem Offenen Brief u.a. an das Präsidium der Universität gewandt. Daraus:

„Digitale Lehre ist kein vollwertiger Ersatz für Präsenzlehre. Maßstab für eine gute digitale Lehre muss nicht allein deren technische Umsetzbarkeit sein, sondern primär deren sinnvolle und reflektierte didaktische Konzeption, die

¹⁰ <https://www.nichtsemester.de/cbxpetition/offener-brief/>

¹¹ <https://solidarsemester.de>

unter dem aktuellen Handlungsdruck zu wenig thematisiert wird. So gestaltet sich insbesondere der wichtige diskursive Austausch zwischen Studierenden in der digitalen Umgebung als schwierig, in der Lehre werden deutliche Abstriche an inhaltlicher Breite und Tiefe erwartet. Ein Blick in die fachspezifischen Bestimmungen zeigt, dass das Erreichen der meisten dort genannten Studienziele mit der diskursiven Reflexion von Theorien und Begriffen verbunden ist, die die unterschiedlichen Verständnisweisen von Pädagogik konstituieren. Wie unter den geplanten Bedingungen diese Qualifikationsziele erreicht werden können, ist fraglich. Insgesamt stellen wir einen deutlich erhöhten Aufwand für die Lehrenden und auch für die Studierenden fest, bei einer gleichzeitigen massiven Verschlechterung der Arbeits- und Studienbedingungen.“¹²

Dass E-Learning und digitale Lehre Bildungsprozesse und Diskurs in Präsenz nicht ersetzen kann, hat auch der Fakultätsrat Erziehungswissenschaft am 15. April in einem mehrheitlich gefassten Beschluss festgehalten.

Nichtsdestoweniger wurde in diesem Sommersemester mit wenig Vorlauf eine Digitalisierung der allermeisten Veranstaltungen vorgenommen und der Versuch unternommen, das Semester regulär – nur eben digital – über die Bühne zu bringen.

In den letzten Wochen zeigt sich in Bezug auf die Universität eine merkwürdige Tendenz der zunehmenden Schließung, ausgerechnet zu einer Zeit, als gleichzeitig der Anstieg der Fallzahlen drastisch reduziert werden konnte und in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen damit begonnen wurde, Einrichtungen wieder zu öffnen.

In der 6. Dienstanweisung für die Mitarbeitenden der Universität vom 14. Mai heißt es:

„Der Betrieb der Universität findet nur dann in Gebäuden der Universität statt, wenn durch entsprechende COVID-19-spezifische Hygiene- und Schutzmaßnahmen ein sicherer Betrieb gewährleistet werden kann. [...] Ansonsten bleiben alle Bereiche der Universität Hamburg, die der Öffentlichkeit und den Studierenden zugänglich sind, für jeglichen Publikumsverkehr geschlossen.“

¹² <https://gew-hamburg.de/themen/hochschule-und-forschung/kommunikationsstrukturen-lebendig-halten>

Publikum in diesem Sinne sind, der HmbSARS-CoV-2-EindämmungsVO entsprechend, Personen, die die Hochschulen und ihre Einrichtungen nur vorübergehend aufsuchen, um bestimmte Leistungen, Angebote oder ähnliches in Anspruch zu nehmen. Insbesondere fallen auch Studierende grundsätzlich unter den Begriff des Publikumsverkehrs. [SIC!]¹³



In der Eindämmungsverordnung wird und wurde diese Definition von „Publikum“ weder in Bezug auf die Hochschulen noch unabhängig davon überhaupt vorgenommen. Dort heißt es in dem Paragraphen, der die vorübergehende Schließung der Hochschulen verordnet, seit der ersten

„Verordnung zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 in der Freien und Hansestadt Hamburg“ vom 2.4.2020 (dort § 20)¹⁴ und auch noch in der letzten am 26. Mai veröffentlichten (mittlerweile im § 46)¹⁵ lediglich und gleichlautend: „Staatliche, private und konfessionelle Hochschulen einschließlich ihrer Einrichtungen dürfen nicht für den Präsenzlehrebetrieb und nicht für den Publikumsverkehr geöffnet werden.“

Insbesondere unterstützenswert ist die im Aufruf zu dieser Kundgebung artikulierte Forderung, dass die Studierenden ihre Rechte als Mitglieder der Universität, die sie nach Hamburger Hochschulgesetz explizit sind, wahrnehmen können müssen. Welche Rolle spielt aktuell die „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ („universitas

¹³ <https://attachment.rrz.uni-hamburg.de/6d4e8ef9/20200514-6.-Dienstanweisung-Corona-mit-Anlagen.pdf>

¹⁴ Vgl. Hamburgisches Gesetz- und Ordnungsblatt, Ausgabe Nr. 15 vom 02.04.2020, S.186, <https://www.luewu.de/docs/gvbl/docs/2345.pdf>

¹⁵ Vgl. Hamburgisches Gesetz- und Ordnungsblatt, Ausgabe Nr. 28 vom 26.05.2020, S.302, <https://www.luewu.de/docs/gvbl/docs/2359.pdf>

magistorum et scolarium“), wenn die größte Mitgliedergruppe ausgesperrt ist?!¹⁶

Selbst wenn man einräumt, dass die Verschiebung des Semesterbeginns und die weitgehende Schließung der Universität vor zwei Monaten sinnvoll gewesen sein mag – wenngleich ein Blick über die Grenzen zeigt, dass auch das bei vernünftiger Vorbereitung vermeidbar gewesen wäre –, müssen wir uns die Frage stellen, wie es in der jetzigen Lage aussieht und zu bewerten ist. Angesichts einer Zahl von Neuinfektionen in Hamburg, die pro Tag gegen 0 geht oder bei 0 liegt; angesichts dessen, dass Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Volkshochschulen wieder Kurse in Präsenz anbieten und das aus guten Gründen auch tun; und angesichts des Umstands, dass auch Freibäder, Kirchen und der Einzelhandel wieder öffnen dürfen. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit muss berücksichtigt werden!

¹⁶ Zur „Publikumsrolle“ der Studierenden ist folgende Publikation äußerst aufschlussreich: Bernd Kleimann (2016): *Universitätsorganisation und präsidiale Leitung*, Wiesbaden: Springer VS.

Hier heißt es in Kapitel 3.4.1.5 („Besonderheiten der Mitgliedschaft: Inklusion von Leistungs- und Publikumsrolle“, S. 127 ff.): Trotz ‚Ummodellung‘ der universitas zu einer „Lehrinstitution“ mit deutlichen Hierarchien, „ist die mitgliederschaftliche Inklusion der zwei komplementären Rollen von Lehrenden und Studierenden bis heute ein institutionelles Merkmal der deutschen Universität geblieben.“ (Kleimann 2016, S. 127.) Weiter heißt es: „Aus systemtheoretischer Perspektive kann man die beiden Rollen dabei als eine professorale Leistungs- und eine studentische Publikumsrolle auffassen ..., wie sie sich im Zuge der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Funktionssysteme und zuvor im Zuge der Herausbildung professioneller Tätigkeiten ... herausgebildet haben. Im Fall der deutschen Universität sind die Leistungsrolle des Lehrenden und die Publikumsrolle des Studierenden als Mitgliedsrollen in derselben Organisation angelegt. Diese organisationale Inklusion von Leistungs- und studentischer Publikumsrolle ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass der Korporationscharakter der Universität zumindest partiell im Rechtsbegriff der Körperschaft aufgehoben ist. ... Heute definieren alle Landeshochschulgesetze (vgl. Hüther et al. 2011: 31ff.) die Rechtsform der Universität (neben ihrem in den meisten Gesetzen fixierten Status als staatliche Einrichtung) als Körperschaft des öffentlichen Rechts – auch wenn einige Landeshochschulgesetze alternative Rechtsformen zulassen und es mit den Stiftungshochschulen in Brandenburg, Hessen und Niedersachsen Ausnahmen gibt. Dieser Rechtsform entsprechend sehen die Landeshochschulgesetze (Stand 2012) zudem ausnahmslos vor, dass nicht nur die Lehrenden, sondern auch die Studierenden und – sofern eingeschrieben – die Promovierenden Mitglieder der hochschulischen Körperschaft sind In der Hochschulkörperschaft haben daher sowohl die Inhaber der Leistungs- als auch der Publikumsrolle (sowie die Inhaber der „intermediären“ Rolle der Promovierenden) in korporationsanaloger Weise den Status eines Mitglieds.“ (Ebd., S. 128 f., Hervorh. FM.)

Nach allem, was wir wissen, gibt es einen vernünftigen Umgang und einen irrationalen mit dem Risiko, das von diesem Virus ausgeht.

Für wesentlich halte ich: Gegen die weit verbreitete Angst muss es darum gehen, einen rationalen Umgang mit der Bedrohung des neuartigen Corona-Virus zu finden, mit „zielbewußter Erkenntnisarbeit“ (siehe oben) auch gegen die aktuelle Irrationalität vorzugehen. Dieser Aufgabe können und müssen Universitäten sich stellen; für die Entwicklung dieses rationalen Umgangs haben die sie als Ort der Wissenschaft und alle ihre Mitglieder gesellschaftlich eine zentrale Verantwortung. Und doch erheblich mehr als Freibäder und Casinos, die derzeit geöffnet haben ...

Aktuell ist aus meiner Sicht noch vollkommen offen, wie es in Bezug auf die Lehre im Wintersemester weitergehen wird. Es kommt dabei auch auf alle Mitglieder der Universität an.

In der aktuellen Debatte gilt es, zur Kenntnis zu nehmen, dass es unter den Befürwortern von „100% Online-Lehre“ Akteure gibt, die damit ökonomische und politische Interessen verfolgen.

Das sind zum einen die Betreiber der diversen kommerziellen Tools, die für die digitalisierte Uni eingekauft werden müssen. (Man bedenke die Entwicklung der Aktienkurse von Konzernen wie Microsoft¹⁷ oder Zoom¹⁸.) Zum anderen sind es diejenigen, denen es zupasskommt, wenn die Tendenz zur Vereinzelung verstärkt wird. Wie es im Feuilleton der FAZ Ende Mai treffend zu lesen war: „Wer nicht da ist, kann auch nicht stören.“

Daraus ein Zitat. Der Autor stellt die Frage:

„Traut man Studenten und Dozenten anders als Schülern nicht zu, den angemessenen Abstand einzuhalten? Lassen sich Seminare nicht ebenso krisengerecht organisieren wie Gottesdienste oder Restaurantbesuche? Bieten die großen Hörsäle nicht ideale Ausweichmöglichkeiten für Seminare? Der Eindruck drängt sich auf: Man darf, aber will nicht.“

¹⁷ Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/akte-im-aufschwung-microsoft-trotzt-coronakrise-16748344.html>

¹⁸ Vgl. <https://www.finanzen.net/nachricht/aktien/gewinnsprung-zoom-aktie-steigt-auf-rekordhoch-corona-boom-laesst-videokonferenz-dienst-zoom-von-mehr-traeumen-8934383>

Das nährt die mit dem Digitalsemester aufgekommene Befürchtung, das Vakuum der Pandemie werde für die schleichende Auszehrung der Präsenzuniversität genutzt. Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat sie mit der Warnung vor der schnellen Rückkehr zum Präsenzbetrieb befeuert. Die digitale Lehre solle auch Früchte tragen, schreibt HRK-Präsident Alt. Was Notprogramm war, soll jetzt Selbstzweck sein.

Dafür bietet die Pandemie eine Gelegenheit. Schließlich braucht die Politik immer ein Zeitfenster, das sich gerade schließt, um Reformen durchzusetzen, besonders wenn sie wenig durchdacht sind. Gerade haben sich die sechzehn Landesminister auf ein fünfhundert Millionen Euro schweres Digitalprogramm für die Hochschulen geeinigt, nach der aktuellen Losung der Hochschulpolitik, dass nach den Schulen die Hochschulen dran seien mit der Digitalisierung. Der Digitalisierung der Schulen und Hochschulen ist gemeinsam, dass der Reformwille der pädagogischen Begründung vorausgeht. Studien beurteilen den Effekt der digitalen Lehre überwiegend negativ. Es ist nicht das erste Mal, dass die Politik an wissenschaftlicher Erkenntnis vorbei entscheidet, aber es irritiert, dass sie jetzt auch von den Hochschulen souverän ignoriert wird.“¹⁹

Die Studierenden rechts- und sinnwidrig zu „Publikum“ zu erklären, gehört aktuell aus meiner Sicht ebenso zu einer irrationalen Antwort, wie sie zu Prüfungen zu zwingen, ohne ihnen aufzuzeigen, wie sie sich sinnvoll und vernünftig darauf vorbereiten sollen – oder allgemein die digitale und dadurch zwangsläufig tiefen- und breitenarme Durchführung von Lehre zu erzwingen. Das ist bestenfalls schizophren und muss schnellstmöglich überwunden werden.

Vor dem Hintergrund, dass sich meines Erachtens derzeit auch die Demokratie in einer Krise befindet, möchte ich abschließend darauf hinweisen, dass demokratische Rechte und Rechte allgemein nicht verschenkt, sondern erkämpft wurden und sie müssen, um sie zu erhalten, auch genutzt und verteidigt werden. Dazu gehören auch die Rechte auf akademische und studentische Selbstverwaltung. Daher: Nehmt die Möglichkeiten der Beteiligung und der Selbstorganisation wahr und ernst, informiert euch, mischt euch ein und meldet euch zu Wort.

¹⁹ Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wiedereinstieg-in-praesenzlehre-an-hochschulen-verlaeuft-schleppend-16781571.html>

Mit Citoyen-Bildung zu einer neuen Qualität von Wissenschaft

von Sinah Mielich, FSR Erziehungswissenschaft und Promotionsstudentin in der Sozialpädagogik

Dieser Redebeitrag ist entstanden aus der Auseinandersetzung mit Helmut Richter (Sozialpädagogik), vor dem Hintergrund des aktuellen Konflikts.

In unserem Aufruf heißt es „Wir sind Mitglieder der Hochschule und wollen das auch sein - in kritischer Bildung und öffentlich engagierter Wissenschaft“. In der heute schon häufig erwähnten und uns sehr aufgestoßenen sechsten Dienstanweisung des Präsidiums heißt es, Studierende seien Publikum. Helmut Richter wies mich darauf hin, dass bei Habermas der Publikumsbegriff auch eine kritische Komponente hat, nämlich die personifizierte Öffentlichkeit. In der Dienstanweisung spielte dieses Verständnis jedoch wohl keine Rolle, sondern war vielmehr der Kniff, um den Studierenden den Zutritt zu den Gebäuden zu verwehren – es sei denn sie schreiben Prüfungen (wie just in dieser Woche).

Dieser Widerspruch steht exemplarisch für das aktuelle Spannungsfeld zwischen einem inhaltlichen Solidarsemester, für das wir kämpfen, und einem „prüfungsfixierten Digitalsemester“, das wir derzeit auch massiv erleben. Es stellt sich damit wieder ganz manifest und zugespitzt die Frage: Soll die Uni schlicht eine Ausbildungsstätte sein, mit fertigen Wissens(video)häppchen, die konsumiert und am Ende abgeprüft werden, sodass die Priorität auf dem Erwerb eines Abschlusses liegt? Dann „reicht“ die digitale Lehre – bei allen Versuchen von kritischen Lehrenden und Studierenden sie diskursiv zu machen. Jedoch: Für eine verantwortliche, gesellschaftlich-eingreifende, kritische, demokratische und solidarische Wissenschaft – die wir in Gänze und neuer Qualität erst erstreiten müssen – reicht das nicht.

Der Blick in Gesetze lohnt sich, sind sie doch in der Regel Ausdruck und rechtliche Form von sozialen Kämpfen. Im Hamburgischen Hochschulgesetz (HmbHG) ist das erste Ziel des Studiums wie folgt gefasst:

§ 49 Ziel des Studiums

(1) Durch die in dem gewählten Studiengang vermittelten fachlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Methoden wird die Befähigung zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit und zu verantwortlichem Handeln in einem frei-

heitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat erworben. Gleichzeitig bereiten sich die Studierenden durch ihr Studium auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vor.

Interessant ist zunächst, dass die Vorbereitung auf ein berufliches Tätigkeitsfeld noch nicht einmal an erster Stelle steht, sondern dort steht die Befähigung zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit und gesellschaftlich verantwortlichem Handeln.

Als Ausdruck von Klassenauseinandersetzungen und sozialen Kämpfen kommt es bei den Gesetzen auch immer auf die Auslegung an.

Wie wird im Studium zu gesellschaftlich verantwortlichem Handeln befähigt? Ich schlage dafür auf Grundlage von Helmut Richters Arbeit das bisher stark vernachlässigte Ziel der Bildung zum Citoyen vor.

Bisher beschränken sich die Unis vor allem auf die Vorbereitung auf ein berufliches Tätigkeitsfeld, d.h. in den Rousseau'schen Kategorien von Citoyen und Bourgeois auf die Qualifizierung zum Bourgeois. Marx hat die beiden Kategorien im gesellschaftlichen Konflikt geerdet: Der Bourgeois verfolgt egoistisch seine Privatinteressen, dessen Rechte schützt er in den liberalen Grundrechten und er ist Mitglied der herrschenden sozialen Klasse. In der bourgeoisen Existenzweise werden die Seinesgleichen nicht als kommunitäre Verwirklichungschance gesehen, sondern als Beschränkung der individuellen Freiheit.

Der Citoyen dagegen ist der aufgeklärte, mündige und weltoffene Bürger, der aktiv am Gemeinwesen teilnimmt und es mitgestaltet, indem er sich für die sozialen Interessen einsetzt.

Soll heißen: Wir als Citoyens nehmen die Dinge, die uns betreffen, gemeinsam im Konflikt in die Hand.

Diese Orientierung verbindet sich mit den Zielen der nachhaltigen Universität, denn Nachhaltigkeit basiert auf Teilnahme und Wirksamkeit. Das bedeutet auf dem politischen Engagement und der demokratischen Mitentscheidung der je betroffenen BürgerInnen. Erste Grundlage dafür ist, dass der Citoyen Mitglied im Gemeinwesen ist (die Studierenden also Mitglieder an der Universität) und die Erkenntnis der Mitverantwortung und Mitgestaltung an der Gesellschaft als Studierende.

Es muss also für eine neue Qualität von Wissenschaft um die Bildung zum Citoyen

gehen, der im Konflikt ist mit der markt-orientierten und konkurrenzhaften Wissenschaft – die zudem mit dieser Krise überfordert ist.

Bis dato ist die Citoyen-Bildung an der Universität (und den anderen Bildungseinrichtungen) stark vernachlässigt, d.h. wir müssen es selber tun und dadurch herausfordernd für Andere sein – auch für andere Mitgliedergruppen. Diese Bildung und Befähigung zum Citoyen geschieht im gesellschaftlichen Konflikt um Krieg/Frieden, Konkurrenz/Solidarität, Krankheit/Gesundheit etc., ausgehend von den sozialen Interessen. Dann kann Bildung mehr sein als das Pauken mit dem obersten Ziel des Erwerbens von Abschlüssen für den Arbeitsmarkt – nämlich eine kritische Auseinandersetzung mit den Ver-



hältnissen, das Begreifen der sozialen Zustände und das Infragestellenkönnen politischer Entscheidungen. Konkret ausbuchstabiert ist das Friedens- und Demokratiebildung sowie erweiterte Konfliktfähigkeit, das Erlernen von Solidarität, eines kritischen Urteilsvermögens, Geschichtsbewusstsein und eines sozial verantwortlichen Umgangs miteinander. Methodisch folgt daraus, dass es nicht um reine Wissensvermittlung geht, sondern um aktive und kooperative Aneignung von Inhalten und Handlungsweisen. Sowie um das diskursive Führen von Konflikten in inner- und außeruniversitären Öffentlichkeiten.

Das bedeutet, wir wollen die Uni nicht einfach öffnen für den Status quo ante, sondern eine neue Qualität von Wissenschaft und Bildung entwickeln und erstreiten. Damit tragen wir bei zu einer progressiven Überwindung der Krise.

Seien wir also in diesem Sinne systemveränderungsrelevant bzw., wie in unserer Petition verfasst, systemrelevant für eine demokratische und kooperative Entwicklung!

Zur Bedeutung der Universität im Kampf gegen Rechts

Unterredung zwischen einer skeptischen Studentin, den Menschenrechten sowie Figuren aus Brechts Leben des Galilei

Sozialer, verantwortungsbewusster, offensiver und kritischer zu werden, ist im Aufruf zur heutigen Kundgebung als Maßstab für die Universitätsmitglieder gefasst. Dieser Maßstab kann Geltung für die gesamte Bevölkerung beanspruchen.

Am 10. Dezember 1948 verkündete, angespornt durch die Überwindung des deutschen Faschismus, die UN-Generalversammlung die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Diese sollten auch dafür wirken, dass sich ähnliche Gräueltaten nicht wiederholen und die Menschheit sich stattdessen positiv entwickelt. Artikel 1 und 2 lauten folgendermaßen: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen. Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.“

Aber: Das zu realisieren ist bei aller Notwendigkeit keine Selbstverständlichkeit. Im Wahrnehmen der gemeinsamen Bedeutsamkeit hemmt ein begründetes Ohnmachtsgefühl gegenüber den sogenannten Arbeitgebern. Aktuell gibt es in Deutschland 2,7 Mio. Arbeitslose, 2019 wurden 3,2 Mio. Fristverträge gezählt, und 2017 arbeiteten 3,7 Mio. Menschen unter dem bereits zu niedrigen Mindestlohn. Kann man da nicht resignieren?

Aus Artikel 23: „Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.“ Solidarität besiegte den Faschismus.

Entfaltungshemmend wirkt auch die fehlende soziale Absicherung: Der UN-Sozialrat rügte Deutschland 2018 mit besonderer Dringlichkeit wegen der Verfehlungen in den Bereichen Pflege, sozialem Wohnungsbau und Kinderarmut. Ist das nicht zum Verzweifeln?

Aus Artikel 25: „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“ Humanität besiegte den Faschismus.

Die Beeinträchtigung demokratischer Partizipation, beispielsweise durch massiv finanzierte Lobbygruppen, entmutigt in hohem Ausmaß. So ermittelten Forscher der Uni Trier am Beispiel Kölns, dass nur 32% der Wahlberechtigten in einem „Problemviertel“ sich an der letzten Bundestagswahl beteiligten. 77% waren es im Villenviertel. Wie verliert man da nicht die Hoffnung?

Aus Artikel 21: „Jeder hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken.“ Mut besiegte den Faschismus.

Das immer noch hoch selektive deutsche Bildungssystem (nur 27% der Studierenden sind Arbeiterkinder) hält Menschen vom Verstehen der eigenen Verhältnisse ab. Sollten wir lieber gleich aufgeben?

Aus Artikel 26: „Jeder hat das Recht auf Bildung. [...] der Hochschulunterricht muß allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offenstehen. Die Bildung muß auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muß zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassistischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.“ Aufklärung besiegte den Faschismus.

In Anknüpfung an bereits errungene Zivilisationsfortschritte wie die Menschenrechte steht heute das in der Krise wachsende Bewusstsein um die Demokratiedefizite der Konkurrenzgesellschaft. Gleichzeitig werden die Bedeutsamkeit gesellschaftlich zuvor geringgeschätzter Arbeit und eines solidarischen Gesundheitswesens deutlich. Unter Shut-Down-Bedingungen führte dies zur Verbreitung kreativer Protestformen wie beispielsweise den brasilianischen Kochtopfprotesten gegen Bolsonaro, oder den in der ganzen Stadt jetzt dauerhaft aus Fenstern gehängten Transparenten für Flüchtlingssolidarität. Für die Realisierung einer positiven Überwindung der Krise mitsamt ihren Ursachen kämpfen auch wir an der

Uni mit Kundgebungen wie dieser, mit sozialer Interessenvertretung und mit lebendigem antifaschistischem Gedenken.

Aber: Isolation und die profitorientierte Effekthascherei der Konzernmedien – und teilweise auch des Wissenschaftsbetriebs – führen als Tropfen, die das Fass propagierter Alternativlosigkeit zum ungerichteten Überlaufen bringen, auch dazu, dass Menschen rechten Verschwörungsmythen anheimfallen. Aktuell raunt man sich beispielsweise zu, Bill Gates habe das Corona-Virus in die Welt gesetzt, um Zwangsimpfungen durchzusetzen, bei denen Menschen ohne ihr Wissen Mikrochips injiziert werden. So wolle er heimlich ein autoritäres, supranationales Regime installieren, das die Bevölkerung kontrolliert und unterdrückt. Real ist: Die Gates Foundation finanziert aktuell 10% des WHO-Etats – hauptsächlich zweckgebunden. So kann Gates antidemokratisch in die Souveränität der Bevölkerungen zur Gestaltung ihrer Gesundheitssysteme eingreifen. Auch real ist, dass Gates Vermögen von geschätzt 110 Milliarden Dollar im öffentlichen Gesundheitssystem wesentlich dringender gebraucht wird, als auf seinen Privatkonten. Den Mythos hingegen macht aus, dass all dies angeblich heimlich geschehe. So wird eine Auseinandersetzung mit den realen Abgründen des Kapitalismus vermieden. Viele andere Verschwörungsmythen kreisen nicht einmal um reale Eliten, sondern konstruieren völlig anonyme Strippenzieher wie „die Juden“ oder „die Migrantinnen“. Angesichts derart konstruierter Sündenböcke sehen Verschwörungsgläubige sich erst recht ohnmächtig. Die Anziehungskraft dieser Erzählungen liegt dabei stets im: „Endlich sagt mal jemand, dass es ein Problem gibt!“

AUS BERTOLT BRECHTS „LEBEN DES GALILEI“: „WOZU IST DIE HEILIGE SCHRIFT NOCH GUT, DIE ALLES ERKLÄRT UND ALS NOTWENDIG BEGRÜNDET HAT, DEN SCHWEISS, DIE GEDULD, DEN HUNGER, DIE UNTERWERFUNG, UND DIE JETZT VOLL VON IRRTÜMERN BEFUNDEN WIRD?“

Sie ist zu nichts gut! Die Profiteure von Konkurrenz und Ausbeutung betreiben täglich allerlei Aufwand, um egomane Kontrolle und Unterwerfung als Handlungsfähigkeit zu verkaufen. Dies gilt im Falle der katholischen Kirche, deren Inquisition im 17. Jahrhundert Galilei für den Beweis, dass die Erde um die Sonne kreist, gängete und in Hausarrest steckte. Es gilt auch für die heutigen Herrschenden und ihre rechten Demagogen, die von Grundrechten sprechen, ohne diese für alle Menschen einzufordern. Sie nutzen damit skrupellos die begründete soziale Verunsicherung vieler Menschen aus. Aufklärung kann dagegen die Zusammenhänge des Konkurrenzsystems wissenschaftlich auseinandernehmen und dabei auch

seine realen Profiteure benennen, um diese angreifbar zu machen. So gewinnen wir reale solidarische Handlungsfähigkeit.

„DIE VERFÜHRUNG, DIE VON EINEM BEWEIS AUSGEHT, IST ZU GROSS: IHR ERLIEGEN DIE MEISTEN, AUF DAUER ALLE. DAS DENKEN GEHÖRT ZU DEN GRÖSSTEN VERGNÜGUNGEN DER MENSCHLICHEN RASSE.“

Die systematische Erschließung der Welt wurde im Laufe der Geschichte von Menschen begonnen, um die Naturgewalten zu begreifen und zu bändigen. Sie wurde stetig weiterentwickelt, um die Welt menschengemäß einzurichten. Dabei standen und stehen Wissenschaftseinrichtungen stets im Konflikt, ob es um die soziale Wohlfahrt für alle oder die Bereicherung weniger gehen soll. Vermeintlich im Elfenbeinturm außerhalb der Verhältnisse Wissenschaft zu betreiben, führte bereits die allzu idealistisch orientierten Mitglieder vorkolonialer Universitäten um 1933 mehrheitlich in die Gleichschaltung. Humanistisch ausgerichtete Wissenschaftseinrichtungen müssen dagegen immer mit anti-aufklärerischen Kräften in den Konflikt gehen. Wenn Wissenschaftlerinnen heute Probleme wie die wirtschaftliche Einflussnahme der Digitalkonzerne für unüberwindbar halten und deshalb ignorieren, machen sie sich selbst handlungsunfähig.

„ES SETZT SICH NUR SOVIEL WAHRHEIT DURCH, ALS WIR DURCHSETZEN. DER SIEG DER VERNUNFT KANN NUR DER SIEG DER VERNÜNFTIGEN SEIN.“



Die Verhältnisse sind wissenschaftlich erkennbar und solidarisch veränderbar. Nach denselben Maßstäben, nach denen Wissenschaft die Gesellschaft verändern soll, müssen wir auch die Wissenschaftseinrichtungen verändern – die Uni also sozialer, demokratischer, antifaschistischer einrichten. Wir brauchen die Uni als eine entschieden demokratische und disziplinübergreifend kooperative Wissenschaftseinrichtung und wollen sie in diesem Sinne wieder eröffnen. Dass der wissenschaftliche Beweis den wissenschaftlichen Streit unter Offenlegung von Prämissen braucht, galt schon vor der Krise. Gegen das bezuglose Nebeneinanderstellen konträrer Positionen ist er auch die beste Waffe gegen irrationale Verschwörungsmymen im Windschatten des postmodernen und zutiefst wissenschaftsfeindlichen „meine Position, deine Position“-Liberalismus. Darin liegt auch die Bedeutung von Bezugnahme im Rahmen einer Präsenzuniversität: Wir brauchen andere, um einander in Frage zu stellen und immer wieder zu neuen, vertieften Erkenntnissen zu kommen.

„ICH HALTE DAFÜR, DASS DAS EINZIGE ZIEL DER WISSENSCHAFT DARIN BESTEHT, DIE MÜHSAL DER MENSCHLICHEN EXISTENZ ZU ERLEICHTERN. WENN WISSENSCHAFTLER, EINGESCHÜCHTERT DURCH SELBSTSÜCHTIGE MACHTHABER, SICH DAMIT BEGNÜGEN, WISSEN UM DES WISSENS WILLEN AUFZUHÄUFEN, KANN DIE WISSENSCHAFT ZUM KRÜPPEL GEMACHT WERDEN, UND EURE NEUEN MASCHINEN WERDEN NUR NEUE DRANGSALE BEDEUTEN. IHR MÖGT MIT DER ZEIT ALLES ENTDECKEN, WAS ES ZU ENTDECKEN GIBT, UND EUER FORTSCHRITT WIRD DOCH NUR EIN FORTSCHREITEN VON DER MENSCHHEIT WEG SEIN.“

Aus Artikel 27 der Erklärung der Menschenrechte: „Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.“

Petition

***Beschlossen per Akklamation auf der Kundgebung
„Für die Wiederöffnung der Universität
Wir sind Mitglieder der Hochschule und wollen das auch sein –
in kritischer Bildung und öffentlich engagierter Wissenschaft.“***

Wir fordern das Präsidium der Universität auf:

Treten Sie öffentlich und gegenüber Senat und Behörde dafür ein, dass die Universität ab sofort wieder für die Präsenzlehre geöffnet werden kann.

Senat und Behörde haben ihre Bereitschaft erklärt, nun kommt es auf die Initiative aus den Hochschulen an.

Wissenschaft braucht wechselseitige Bezugnahme, Diskurs, Begründen, Streiten, Aushandeln, Abwägen, Mimik, Gestik, zufällige Begegnung, spontane gegenseitige Anregung, kollektive Weisheit.

Der Mensch ist gesellschaftlich und so ist die menschliche Wissenschaft.

Dafür benötigt Wissenschaft einen Ort: Gebäude und Räume, die nur für sie da sind, für Forschung, Lehre und Bildung. Der Zwang zu Homeoffice und digitale Vereinzelung müssen beendet werden.

Die Gesellschaft braucht aktive und ein-greifende Wissenschaft.

Wissenschaft hat die Verantwortung, mit Rationalität, Analyse und Transfer durch öffentliche Kommunikation gegen Fake-News und rechte Demagogie für Aufklärung, mündige Teilhabe und angstfreie Demokratie zu wirken. Sie ist ein unverzichtbarer Teil souveräner öffentlicher Meinungsbildung, gerade in schwierigen Zeiten.

Und die Studierenden sind unverzichtbarer Teil der Wissenschaft. Sie sind qua



Gesetz Mitglieder der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, welche die hoheitliche Aufgabe der Wissenschaft im Dienste der Allgemeinheit übertragen bekommen hat. Sie sind Teil dieses Corpus und nicht ein Publikum.

Wissenschaften sind nicht entbehrlicher, als Gaststätten, Gottesdienste und Profifussball.

Sie sind systemrelevant für eine demokratische und soziale Entwicklung.

Sie können für die Zuwendung der öffentlichen Aufmerksamkeit zu wesentlichen gesellschaftlichen Problemen wirken und zu ihrer Überwindung beitragen: gegen Kriege für eine zivile Konfliktregulierung, gegen das Flüchtlingselend für internationale Solidarität und Völkerverständigung, für eine nachhaltige Klimaentwicklung, gegen Rassismus und Gewalt für ein aufgeklärtes Menschenbild, für die Überwindung von Armut und sozialer Ungleichheit, für gute Arbeitsbedingungen und eine marktunabhängiges Gesundheitswesen. Dafür müssen sich die Hochschulen mehr denn je diesen Herausforderungen zuwenden.

Die Hochschulen können geöffnet werden. Lehrveranstaltungen sind keine „Superspreader-Events“, wenn in den Seminaren mit sozial angemessenem Respektabstand über wissenschaftliche Fragestellungen mit kühlem Kopf reflektiert und solidarisch diskutiert wird und sich ansonsten an die bekannten Hygieneregeln gehalten wird.

Wenn das gemeinsame Schwitzen über Prüfungen in Präsenz möglich ist, sind es Lehrveranstaltungen mit frischem Wind allemal.

Die Hochschulen müssen geöffnet werden, weil der „Shutdown“ für Leben und Lebensqualität inzwischen nachweislich bedrohlicher ist, als das Virus: volkswirtschaftlicher Schaden, Massenerwerbslosigkeit, verschärfte soziale Ungleichheit (nicht zuletzt in der Bildung), häusliche Gewalt, dauerhafte Unsicherheit, Isolation, Depression, Vermeidung von Arztbesuchen.

Angst schwächt die Demokratie ebenso wie das Immunsystem. Dabei sind immer die Ärmsten der Gesellschaft besondere „Risikogruppe“, ebenso die Jüngsten und ältere Menschen, Frauen sind eher betroffen als Männer.

Hingegen: soziales Miteinander, die gemeinsame Verfügung über die Entwicklung der Lebensbedingungen und Lebensfreude stärken Immunsystem, Gesundheit und die Persönlichkeit.

Die Petition wurde im Anschluss bei einer weiteren Kundgebung im Mittelweg einer Vertretung des Präsidiums der Universität übergeben.